

2.1.2. Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Befehls Nr. 2 erschien der Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945. Die deutschen Kommunisten beantworteten darin Fragen, die die Menschen in allen Besatzungszonen bewegten. Die im Aufruf formulierten Aufgaben verliehen ihm den Charakter eines Aktionsprogramms für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland.

Die Tätigkeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und der antifaschistische Widerstandskampf bestätigten und bereicherten die Vorstellungen der KPD über die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen deutschen Staates. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse widerspiegelten sich in dem „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“, das Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Anton Ackermann im Auftrag des Zentralkomitees der KPD ausgearbeitet hatten und im Oktober 1944 zur Beratung vorlegten. Es wurde in der folgenden Zeit präzisiert und stellte mit seinen Grundsätzen und dem dazugehörigen Sofortprogramm eine direkte Vorstufe des Aufrufs vom 11. Juni 1945 dar.

Der Aufruf berücksichtigt sowohl die geschichtlichen Lehren der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als auch die Erfahrungen, die die Tätigkeit der Aktivisten der ersten Stunde vermittelte. Unter Leitung Wilhelm Piecks ausgearbeitet und mit führenden Funktionären der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung wie zum Beispiel Georgi Dimitroff beraten, beachtete der Aufruf das veränderte internationale Kräfteverhältnis am Ende des zweiten Weltkrieges und die konkrete Situation in Deutschland.

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

„... Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen...

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und die Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens...

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des Dritten Reiches, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte. Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Niè wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze

auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!...

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden! Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, in Krieg und Verderben führte!...

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir, die Kommunisten, alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Weg sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei...
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen...
3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rassen vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und

reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten...

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltung und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung...

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazi-bonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes...

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltung zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern...

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden...³

● 1. Welche Hauptursachen der verbrecherischen Politik des deutschen Imperialismus und ihrer Folgen für das deutsche Volk kennzeichnet der Aufruf?

2. Welche entscheidenden geschichtlichen Lehren werden daraus abgeleitet?

3. Wie entsprach das im Aufruf entwickelte Sofortprogramm

— diesen Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes?

— den unmittelbar nach dem Kriege in Deutschland zu lösenden Aufgaben?

4. Weisen Sie nach, daß der Aufruf mit der seit dem VII. Weltkongreß entwickelten Strategie und Taktik übereinstimmte!

³Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 18 ff.

5. Erläutern Sie, warum die KPD nicht unmittelbar die Errichtung des Sozialismus als Aufgabe stellte, indem Sie anwenden, was Sie über die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution wissen! (Siehe S. 27!)

Es war kein Zufall, daß sich die Kommunistische Partei Deutschlands als erste Partei mit einem Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit wandte. Der Generallinie des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale folgend, hatte die KPD mit den Beschlüssen der Brüsseler (1935) und Berner (1939) Parteikonferenz ein wissenschaftliches Programm erarbeitet, das den damaligen Kampfbedingungen entsprach und den Weg zur Überwindung der faschistischen Diktatur wies.

Es war immer das revolutionäre Ziel der KPD gewesen, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zum Sozialismus zu führen.

In der neuen Epoche der Menschheitsgeschichte, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet worden war, konnten die sozialen und nationalen Probleme nur vollständig durch den Aufbau des Sozialismus gelöst werden. Die KPD ging in ihrem Aktionsprogramm jedoch von der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung aus, daß die Arbeiterklasse auch in hochindustrialisierten Ländern nicht in einem Sprung ihre politische Klassenherrschaft errichten kann. Für die sofortige Errichtung des Sozialismus fehlten in Deutschland nach der Zerschlagung des Faschismus wichtige Voraussetzungen. So mußte in erster Linie die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt und eine marxistisch-leninistische Partei geschaffen werden, ohne deren Existenz und Führung die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution nicht vollziehen kann. Der Weg zum Sozialismus war in der deutschen Arbeiterklasse infolge der jahrzehntelangen Spaltung der Arbeiterbewegung und des Einflusses der bürgerlichen und faschistischen Ideologie noch unklar und umstritten. Notwendig war auch die Herstellung eines festen Bündnisses der einheitlich handelnden Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen demokratischen Kräften. Infolge der Spaltung der Arbeiterklasse, des reformistischen Einflusses rechter SPD-Führer und der Wirkung der faschistischen Propaganda war die Mehrheit des

deutschen Volkes zunächst nicht für unmittelbar sozialistische, wohl aber für antifaschistisch-demokratische Aufgaben zu gewinnen. Diese Erkenntnis bestimmte den Charakter der im Aufruf formulierten Aufgaben. Zunächst standen die restlose Vernichtung von Militarismus und Faschismus, die Beseitigung der Monopole und des junkerlichen Großgrundbesitzes auf der Tagesordnung. Es galt, die wichtigsten Positionen in Staat und Wirtschaft mit Vertretern des werktätigen Volkes zu besetzen.

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung sollte in Gestalt einer **parlamentarisch-demokratischen Republik** mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk errichtet werden. Das bedeutete, daß ein einheitlicher deutscher Staat nur auf antiimperialistisch-demokratischer Grundlage, ohne Monopolkapital und Junkertum, entstehen sollte.

Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 war das wissenschaftlich begründete **Aktionsprogramm der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung**. Es wies dem deutschen Volk den Weg zum antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau. Der Kampf um die Erfüllung dieser Aufgabe stellte die erste Etappe eines revolutionären Prozesses dar, in dem wesentliche Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus entstehen konnten.

Zusammenfassung

— Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die faschistischen Aggressoren befreite das deutsche Volk vom Faschismus und eröffnete ihm die historische Chance, eine grundlegende Wende in seiner Geschichte einzuleiten. Die Befreiung durch die Sowjetunion schuf günstige Bedingungen, um in Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse eine antiimperialistisch-demokratische Umwälzung zu vollziehen und dem Sozialismus den Weg zu bahnen.

— Im Zuge der Befreiungsmission der Sowjetunion wurde in der sowjetischen Besatzungszone der faschistische Staats-

apparat radikal vernichtet. Die sozialistische Besatzungsmacht förderte die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes und gewährleistete die Bildung revolutionär-demokratischer Staatsorgane. Das war ein wesentlicher Unterschied zur Situation im Jahre 1918 und erleichterte den Kampf der deutschen Arbeiterklasse um eine antiimperialistisch-demokratische Entwicklung.

— Im Unterschied zur Zeit nach dem ersten Weltkrieg verfügte die deutsche Arbeiterklasse nach dem zweiten Weltkrieg über eine kampfgeübte kommunistische Partei. In Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus begann unmittelbar nach der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch unter Führung der KPD der Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland. Mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 gab die KPD dem deutschen Volk ein klares Programm, mit dem sie auf die endgültige Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands orientierte.

— Wichtige völkerrechtliche Grundlagen dafür schuf das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das mit seinen demokratischen Grundsätzen dem Charakter des gerechten Krieges gegen die faschistischen Aggressoren und den Interessen aller friedliebenden Völker entsprach.

Merkmale

- 11. 6. 1945 Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands